

Executive Summary

BNE-Bildungslandschaften – Kommunen als Schlüsselstellen für eine gesellschaftliche Transformation zu einer nachhaltigen Entwicklung

verfasst von

Theresa Grapentin-Rimek, Freie Universität Berlin, Institut Futur



WISSENSCHAFTLICHE
BERATUNG
WELTAKTIONSPROGRAMM
BNE

EXECUTIVE SUMMARY

BNE-Bildungslandschaften – Kommunen als Schlüsselstellen für eine gesellschaftliche Transformation zu einer nachhaltigen Entwicklung

HINTERGRUND

Im Rahmen der Umsetzung des UNESCO-Weltaktionsprogramms Bildung für nachhaltige Entwicklung (WAP BNE) (2015-2019) in Deutschland wird am Institut Futur der Freien Universität Berlin ein Monitoring zu BNE in den unterschiedlichen Bildungsbereichen durchgeführt. Die Executive Summary basiert auf den Ergebnissen einer Interviewstudie mit zehn Expert*innen kommunaler Bildungslandschaften. Befragt wurden die Expert*innen zum Diffusionsprozess und -stand von BNE in Deutschland, zu Treibern und Hürden sowie zu Hebelpunkten, die für die weitere strukturelle Verankerung von BNE in kommunalen Bildungslandschaften relevant sind.

Kommunale Bildungslandschaften¹ stehen in den letzten Jahren vor unterschiedlichen gesamtgesellschaftlichen und strukturellen Problemlagen, die aus Modernisierungsbemühungen und diversen Reformprozessen resultieren (Bogumil & Holtkamp 2016, Harm & Jaeck 2013). Als wesentlich prägend sehen die Interviewten die prekäre Finanzlage der Kommunen. Zudem sind sie mit den Themen Zuwanderung, Inklusion sowie Modernisierungsprozessen innerhalb der Kommunalverwaltungen konfrontiert. Die befragten Expert*innen konstatieren, dass sich die Themenfelder in den Kommunen durchaus ähneln, es aber auch kommunalspezifische Problemlagen gibt, die sich aus Stadt- und Landstrukturen, kommunalen Pflichtenaufgaben,

Governance-Formen sowie demografischen und strukturellen Bedingungen ergeben. Grundsätzlich verdeutlichen die Ergebnisse der Interviewstudie, dass Kommunen dabei aufgefordert sind, auf Neuerungen bzw. Herausforderungen ad hoc zu reagieren und lokalspezifische Lösungen zu finden. In Bezug auf Bildung hat die Kommunen vor allem der Diskurs um lokale Bildungslandschaften und Inklusion beschäftigt. Dabei stellt Bildung – und somit auch BNE – grundsätzlich eine freiwillige Leistung dar, sodass Kommunen selbst darüber entscheiden können, ob und wie sie diese realisieren wollen (Bogumil & Holtkamp 2016: 15ff.). Nach Ansicht der Befragten beförderten vor allem internationale und nationale Klimaschutzprogramme Diskurse zur Auseinandersetzung mit Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene, die häufig durch eine verstärkte Bürgerbeteiligung in partizipativ erarbeiteten Nachhaltigkeitsstrategien oder Stadtleitbildern mündeten. Bezogen auf BNE werden hier die Lokale-Agenda-21 sowie die UN-Dekade BNE hervorgehoben. Dennoch ist (B)NE bisher aus Sicht der Expert*innen keine prägende Thematik für die Mehrheit der Kommunen. Angesichts der nationalen und internationalen Herausforderungen ist dieses Ergebnis brisant, denn Kommunen haben innerhalb des alltäglichen Lebens eine wichtige Bedeutung. Sie sind der Lebensraum vieler Menschen in denen Freizeit und Arbeit stattfinden und die Daseinsvorsorge organisiert wird, d. h. das zur Verfügung stellen sämtlicher Dienstleitungen und Infrastrukturen. Somit ist die kommunale Ebene eine Schlüsselstelle, wenn die Transformation zu einer nachhaltigen Gesellschaft gelingen soll. Dass Kommunen bzw. die lokale Ebene innerhalb des

¹ Aufgrund des primären Fokus der gesamten Interviewstudie auf den Bildungsbereich und die soziale Innovation BNE wird nachfolgend der Terminus kommunale Bildungslandschaft Verwendung finden und damit ein erweitertes Bildungsverständnis genutzt. Danach richtet sich der Blick stärker auf individuelle Bildungsbiografien, also nicht nur auf das formale Bildungssystem Schule, sondern auch auf weitere Lern- und Bildungsorte beziehungsweise -prozesse, Bildungsinhalte und -gelegenheiten (BMFSFJ 2005).

EMPFEHLUNGEN

1. Nachhaltige Bildungslandschaften ausbauen sowie Vernetzung fördern
2. BNE in kommunales Bildungsmonitoring bzw. Bildungsberichterstattung integrieren
3. Aushandlungs- bzw. Diskursräume zur Entwicklung eines gemeinsamen (B)NE-Verständnisses auf kommunaler Ebene etablieren
4. Nationale und kommunale Anreizsysteme unter Bezugnahme auf BNE ausbauen
5. Kommunale Beschlüsse zu BNE sowie politische Priorisierung fördern
6. Aufbau von nationalen und kommunalen BNE-Kompetenzzentren
7. Nachhaltige Kommunalverwaltungen stärken

WAP BNE (DUK 2014) und auch des Nationalen Aktionsplans (NAP) (BMBF 2017) ein prioritäres Handlungsfeld darstellen, ist damit eine folgerichtige Konsequenz. Doch wie können mehr Kommunen für (B)NE gewonnen werden und wie kann die strukturelle Verankerung in kommunalen Bildungslandschaften gelingen? Nachfolgend werden dafür acht Empfehlungen basierend auf den Ergebnissen der Interviewstudie näher ausgeführt.

1. Nachhaltige Bildungslandschaften ausbauen sowie Vernetzung fördern

Ein wichtiges Ergebnis der Interviewstudie ist, dass der Ausbau von Bildungslandschaften (Bleckmann & Durdel 2009) als Kernaufgabe der Kommunen stärker akzeptiert zu sein scheint – die Verbindung mit BNE hingegen nicht. Die diesbezüglichen Ergebnisse verdeutlichen, dass Kommunen – losgelöst von der Aufgabe der reinen Trägerschaft von Bildungseinrichtungen – durch die veränderten Diskurse um die Erweiterung des Bildungsbegriffs und die Abkehr von einer stark auf formale Bildungsorganisationen ausgerichteten Perspektive, eine neue Verantwortung erhalten haben. So würden diese sich vor allem auf die Organisation von Lern- und Bildungsprozessen beziehen und eine verstärkte Vernetzung und Koordination von formalen und non-formalen Bildungsträgern, eine intensivere akteursübergreifende Zusammenarbeit sowie Prozesse des Bildungsmonitorings beinhalten. Deshalb sehen die Expert*innen in der stärkeren Verschränkung beider Konzepte zu einer nachhaltigen Bildungslandschaft (Fischbach et al. 2015) einen starken Hebel

für den Diffusionsprozess von BNE. In diesem Kontext haben der Zusammenschluss bereits bestehender Netzwerke bzw. die Netzwerkbildung als Kommunikationszentren oder -kanäle für die Expert*innen eine wichtige Bedeutung, da sie es ermöglichen, sich über Erfahrungen, Entwicklungen und Probleme auszutauschen, Lösungsansätze zu suchen oder weitere Anschlussmöglichkeiten zu eruieren. Durch die Interviewaussagen konnten vier Ziele identifiziert werden, die in der Zusammenarbeit in Netzwerken innerhalb des BNE-Diffusionsprozesses gesehen werden:

1. Bestandsaufnahme der BNE-Aktivitäten
2. Verstärkte Zusammenarbeit von Hauptamtlichen und Ehrenamtlichen
3. Professionsübergreifende Zusammenarbeit
4. Zusammenführung der unterschiedlichen thematischen Netzwerke und Projekte zur Stärkung des Themas gegenüber der Kommunalpolitik und -verwaltung.

Problematisch ist, dass die Netzwerke durch die unterschiedlichen zeitlichen Kapazitäten, personellen und finanziellen Ressourcen sowie verschiedenen inhaltlichen Zielvorstellungen oftmals nur lose verbunden sind und keinen langfristigen Bestand haben. Die Expert*innen fordern deshalb für die strukturelle Verankerung von BNE die Etablierung einer Ansprechperson bzw. die Relevanz eines professionellen und institutionell verankerten Netzwerkmanagements sowie die Konstituierung eines (über-)regionalen

BNE-Kompetenzzentrums (siehe Empf. 6). Nur so könne der Prozess besser koordiniert und der Austausch zwischen Zivilgesellschaft und Kommunalverwaltung langfristig gesichert sowie gemeinsam Aktivitäten durchgeführt werden. Auch das Handlungsfeld IV des NAP zielt auf eine Stärkung von intra- und interkommunaler Vernetzung und Partizipation (BMBF 2017: 90).

2. BNE in kommunales Bildungsmonitoring bzw. Bildungsberichterstattung integrieren

Als weitere Empfehlung kann durch die Interviewstudie festgehalten werden, dass innerhalb der Etablierung (nachhaltiger) Bildungslandschaften neue Bürgerbeteiligungsprozesse gefordert sind, da – so verdeutlichen die Ergebnisse – heute eher das Bedürfnis eines aktiven und konkreten Handelns über einen klar abgegrenzten Zeitraum besteht. Eine Möglichkeit sowohl die Bürgerbeteiligung zu erhöhen als auch BNE in der kommunalen Bildungslandschaft sichtbarer zu machen und zu stärken, sehen die Expert*innen darin, BNE in die bereits existierenden Bildungsberichte bzw. das kommunale Bildungsmonitoring zu integrieren. Die Expert*innen erwarten sich durch die Datenerhebung zu BNE, dass Potenziale und Lücken innerhalb der BNE-Verankerung sichtbar werden und BNE, durch die damit verbundenen inhaltlichen Diskurse, eine kommunale Aufwertung erfährt und sich somit das lokale Wissen zu BNE erhöht. Diese Forderung findet sich auch innerhalb des Handlungsfeldes I „BNE als Standortfaktor“ des NAP (BMBF 2017: 91). Anders als die nationale Bildungsberichterstattung können sich kommunale Bildungsberichte vor allem durch breite Beteiligungs- und Aushandlungsprozesse sowie eine stärkere Verschränkung mit der politischen Ebene und einer konkreten Problemlöseorientierung auszeichnen und eine entsprechende Fokussierung auf Handlungs- und Entwicklungslinien haben (Brüsemeister 2018: 104ff.). Innerhalb der Analyse der im Rahmen des WAP-Monitorings durchgeführten Desk Research I von 121 nachhaltigkeitsaffinen Kommunen, wurden 37 elektronisch verfügbare Bildungsberichte untersucht, in denen sich nur in 19 Berichten entsprechende Verweise finden (Brock et al. 2017: 250f.). Folglich zeigt sich auch hier noch großes Entwicklungspotenzial.

Die Expert*innen sehen in den schwer messbaren und sichtbaren Erfolgen von BNE eine Hürde für die Verankerung, da diese vor allem für politische Leitungsebenen einer Kommune relevant seien. Somit kann durch die Berücksichtigung von BNE in einem Bildungsmonitoring, die mit der gemeinsamen Erarbeitung einer Datengrundlage einhergeht, auch dieser Forderung Genüge geleistet werden.

3. Aushandlungs- bzw. Diskursräume zur Entwicklung eines gemeinsamen (B)NE-Verständnisses auf kommunaler Ebene etablieren

Die Expert*innen konstatieren, dass die BNE-Verankerung in Kommunen oftmals über lange Zeit zivilgesellschaftlich getragen ist und auf einer kontinuierlichen Vernetzung der Akteure basiert. Durch Beharrlichkeit und Druck seitens der Zivilgesellschaft geht das BNE-Engagement dann mit einer zunehmenden politischen Legitimation einher und findet so verstärkt in Politik und Verwaltung ihr Pendant. Dabei entstehen kommunale BNE-Aushandlungsprozesse, bei denen sich wechselseitige Abhängigkeiten zwischen den unterschiedlichen Akteuren offenbaren, auf die sich die Befragten vielfach beziehen. Auch innerhalb der aktuellen BNE-Governance-Forschung werden diese als „intermediäre Aushandlungsräume“ (Nikel & Haker 2015) oder „künstlich erzeugte Interdependenzen“ (Hamborg 2017) im Kontext der Auszeichnung thematisiert. Die Ergebnisse verdeutlichen, dass die zivilgesellschaftlichen Akteure über das Wissen und die Expertise zu BNE verfügen und das Konzept durch ihre Netzwerke bzw. Projekte vor Ort mit Leben füllen und so als wichtige Treiber für die BNE-Verankerung fungieren. Die Akteure aus Verwaltung und Politik hingegen fassen langfristige Strategien und Beschlüsse und müssen gleichzeitig auch finanzielle Ressourcen zur Verfügung stellen, um BNE dauerhaft zu implementieren. Dabei ist die Kommunalverwaltung verstärkt auf das Wissen der zivilgesellschaftlichen Akteure angewiesen, um handlungsfähig zu bleiben und entsprechend informierte und konsensfähige Entscheidungen treffen zu können. Für eine erfolgreiche Verankerung von BNE sind deshalb gleichberechtigte Aushandlungs-

und Abstimmungsprozesse von Kommunalverwaltung und Zivilgesellschaft wichtig, die einerseits auf tatsächlichem politischen Interesse und Wertschätzung basieren und andererseits der Zivilgesellschaft Gestaltungsfreiräume und Kompetenzen übertragen. Die von einigen Befragten festgestellte konzeptionelle Offenheit von BNE kann hier von Vorteil sein, weil sich dadurch Diskursräume eröffnen, in denen sowohl die Aushandlung eines kommunalspezifischen BNE-Verständnisses stattfindet als auch thematische Querbezüge, strukturelle Anschlussmöglichkeiten und Kooperationsstrukturen und -Regeln zur BNE-Verankerung thematisiert werden können (Bormann & Nickel 2017). Die dennoch festgehaltene Komplexität und Unschärfe des BNE-Konzeptes durch die Interviewten zeigt dabei gleichzeitig auch den Bedarf nach einer klar abgrenzbaren Definition, um nicht in eine Profillosigkeit oder Unbestimmtheit angesichts eines inflationären Gebrauchs von Nachhaltigkeit zu verfallen.

4. Nationale und kommunale Anreizsysteme unter Bezugnahme auf BNE ausbauen

Die Befragten identifizieren in der konkreten kommunalen BNE-Praxis wichtige Treiber für die BNE-Verankerung vor Ort, da diese auch losgelöst von politischen Strategien und Legislativen BNE vermitteln und konkretisieren. Die Auszeichnungspraxis innerhalb der UN-Dekade BNE habe hier vielfach zu einer Sichtbarmachung der Projekte beigetragen. Es wird deshalb auch eine stärkere Vergabe kommunaler Projektförderungen befürwortet, da dadurch BNE-Prozesse und Kooperationen angestoßen sowie BNE-Projekte hinsichtlich ihres Erfolges erst einmal getestet werden können. Wichtig seien dabei jedoch möglichst niedrigschwellige bzw. einfache Antragsverfahren. Ein Ziel, welches sich auch im Handlungsfeld II „Kompetenzentwicklung BNE“ des NAP widerspiegelt und im Ziel „Qualitätsoffensive“ festgehalten ist, in dem es um BNE-Auszeichnungsverfahren von Bildungseinrichtungen und engagierten Einzelpersonen geht.

Auszeichnungen von Kommunen und weitere Wettbewerbe oder Förderprogramme (z. B. „Bildung integriert“ oder „Zukunftsstadt“) haben in den Kommunen Impulse und Prozes-

se ausgelöst: Sie dienen als Anlass zur Auseinandersetzung mit BNE – so das Ergebnis der Interviewstudie. Die vormals nicht mit BNE verbundenen nachhaltigkeitsbezogenen Aktivitäten wurden durch den Bewerbungsprozess sichtbar und reflektiert bzw. analysiert. Anreizsysteme oder Auszeichnungen im Sinne einer weichen Governanceform (Lambrecht 2016) sind somit ein wichtiger Hebelpunkt innerhalb des Diffusionsprozesses von BNE, da diese nicht nur eine kurzfristige Aufnahme der Innovation befördern und die Kommunikation darüber intensivieren, sondern insbesondere die langfristige Verankerung ermöglichen (Ely 1990) und einen wertschätzenden Charakter aufweisen. Des Weiteren können sie einen wichtigen Beitrag zur Profilbildung leisten, in dem durch das Hervorheben der BNE-Aktivitäten im Sinne einer Selbstaufwertung diese eine Anerkennung auch in anderen Programmen oder Wettbewerben erfahren (Hamborg 2018). Dabei ist für die Expert*innen ein stärkerer BNE-Bezug auch in weiteren Förderprogrammen (z.B. Klimaschutz, Mobilität) bedeutsam, um kommunale Nachhaltigkeitsprozesse durch entsprechende Ressourcen voranzubringen.

5. Kommunale Beschlüsse zu BNE sowie politische Priorisierung fördern

Eine politische Aufwertung bzw. Priorisierung von BNE wird von den Expert*innen als bisher eher gering eingeschätzt, sodass sie einerseits in kommunalen Beschlüssen zu BNE sowie andererseits der Verbindung von BNE mit allgemeinen kommunalen Nachhaltigkeitsaktivitäten wichtige Hebelpunkte sehen, die sich auch im Handlungsfeld V „Kommunaler Nachhaltigkeitskodex“ des NAP wiederfinden (BMBF 2017: 97). Grundsätzlich konstatieren die Befragten, dass die Bildungsthematik allgemein, aber auch speziell BNE, innerhalb der Kommunalpolitik sowie -verwaltung nach wie vor ein Add-on mit geringer Relevanz darstellen. Bildung bzw. BNE ist eine freiwillige Aufgabe. Deshalb ist für die Befragten eine kommunale Beschlussfassung im Sinne einer Selbstverpflichtung und politischen Priorisierung ein wichtiger Hebelpunkt, um BNE langfristig zu verankern und die Aktivitäten losgelöst von Legislaturperioden zu stärken und

zu finanzieren. Dabei existieren durchaus unterschiedliche Finanzierungsmöglichkeiten für BNE, wie ein Kurzgutachten zur „Nachhaltigen Finanzierung von BNE-Aktivitäten“ (Difu 2012) zeigt (eigene Haushaltsmittel, Haushaltsstellen, BNE-Fonds, kommunalen Stiftungen oder Genossenschaften, vgl. ebd.).

Auch eine Positionierung der kommunalen Spitzenverbände zu BNE wird dabei von den Befragten als entscheidend eingeschätzt. Hier können Weichen gestellt werden, die Kommunen zu einer Auseinandersetzung mit BNE stärker verpflichten und auch den NAP bekannter machen. Ein Ziel, welches sich ebenfalls innerhalb des Handlungsfeldes III „BNE-Anreize und Verstärkung“ des NAP (BMBF 2017: 94) findet.

Des Weiteren ist es für die Befragten wichtig, die Vorteile von BNE deutlicher herauszustellen und BNE als Erfolgsfaktor oder Profilierungsthema für Kommunen zu stärken. Im NAP wird dies unter dem Handlungsfeld I „BNE als Standortfaktor“ verhandelt (BMBF 2017: 90). Die Expert*innen bewerten dies auf zweierlei Ebenen: Zum einen beurteilen sie die Entwicklung hin zu einer nachhaltigen Kommune als erfolversprechender als die, einer nicht-nachhaltigen Kommune. Dabei beziehen sie sich auf die allgemeinen gesellschaftlichen und nachhaltigkeitsbezogenen Entwicklungsprozesse, mit den Kommunen ohnehin konfrontiert sind und für die Lösungen und Entwicklungsstrategien gefunden werden müssen. Vorhandene Strukturen und die Bezugnahme zu nationalen und internationalen Strategien oder Prozessen (z. B. die SDGs) könnten dabei als Bezugsrahmen bei der Etablierung von (B)NE stärker genutzt werden (Bertelsmann Stiftung 2017, Assmann et al. 2018). Zum anderen manifestiert sich der Erfolg aufgrund einer langfristigen Bezugnahme zu BNE auf der Ebene eines intergenerativen Vorteils, der sich darin offenbart, dass die Zielgruppen durch das Durchlaufen der kommunalen Bildungsinstitutionen von vornherein an nachhaltigkeitsorientierte Bildungsinhalte gewöhnt sind und diese entsprechend in ihre späteren Arbeitsfelder übertragen können. Gleichmaßen würde dies auch eine steigende Bedeutung der Nachhaltigkeitsthematik auf individueller Ebene bedeuten. Für die Befragten ist deshalb die Ausrichtung der Bildungseinrichtungen am gesamtinstitutionellen Ansatz im Sinne eines

Whole-Institution-Approach (DUK 2014) bedeutsam, dessen Ausbau und Verstärkung durch die Kommunen als Träger von Bildungseinrichtungen stärker gefördert werden sollte.

6. Aufbau von nationalen und kommunalen BNE-Kompetenzzentren

Weitere wichtige Hebelpunkte sehen die Expert*innen in dem Aufbau von Kompetenzzentren bzw. zentralen (kommunalen) Anlauf- und Beratungsstellen sowie der strukturellen Verankerung durch die Etablierung einer/s Ansprechpartner*in. Diese Aspekte sind auch als übergreifende Maßnahme im NAP berücksichtigt (BMBF 2017: 89). Dabei schlagen die Expert*innen vor, inhaltlich ähnliche bzw. sich stark überschneidende Thematiken (z. B. die Bereiche Klimaschutz, Fairtrade, Energie) stärker zusammenzufassen. Im Sinne einer Bildungslandschaft könnten diese zentralen Anlauf- und Beratungsstellen formale und non-formale Bildungsträger stärker vernetzen, neue Akteure gezielt ansprechen und in die kommunalen BNE-Prozesse einbeziehen. Zudem würden sie als Bindeglied zwischen Kommunalverwaltung, freien Trägern und der organisierten Zivilgesellschaft agieren. Dabei wirke sich die strukturelle Verankerung und die Stärkung der Verantwortlichkeiten auch positiv auf das Engagement der Ehrenamtlichen aus, weil diese gezielt auf Personen zugehen könnten, Informationen und Unterstützungsleistungen (z. B. durch das zur Verfügung stellen von Räumen, Technik usw.) bekämen und ggf. auch Aufgaben abgeben könnten. Die Kompetenzzentren würden also die Vernetzung forcieren und die entsprechenden Netzwerkprozesse pflegen, koordinieren und managen. Außerdem würden gemeinsame Aktivitäten (z. B. Nachhaltigkeitstage, Umwelttage, Mobilitätstage, Projekte) durchgeführt. Auch eine verstärkte Öffentlichkeits- und Kampagnenarbeit sehen die Befragten hier verortet.

Im Rahmen eines nationalen Kompetenzzentrums sehen die Interviewten ähnlich Schwerpunkte. Primäre Aufgabe sei aber die gezielte Ansprache neuer Kommunen und deren Unterstützung von außen. So gehe es hier zum einen um einen Informationstransfer zum BNE-Konzept, des NAP, von Good-Practice-Bei-

spielen, Wettbewerben und Förderprogrammen. Zum anderen müssten konkrete Hilfestellungen in Bezug auf Anschlussmöglichkeiten von BNE auf kommunaler Ebene offeriert sowie Kontakte vermittelt und regionale Veranstaltungen durchgeführt werden.

Dabei macht die Interviewstudie auch deutlich, dass bisher bestehende Angebote nur unzureichend genutzt werden, weil diese mitunter nicht hinlänglich bekannt sind. So sehen die Befragten z. B. in den RENN-Stellen (Regionale Netzstellen Nachhaltigkeitsstrategien), Transferagenturen oder der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) wichtige Akteure, die hier verstärkt Impulse setzen könnten bzw. deren Angebote besser bekannt gemacht werden sollten.

7. Nachhaltige Kommunalverwaltungen stärken

Kommunalverwaltungen werden von den Befragten vielfach als Hürde im Prozess der BNE-Diffusion wahrgenommen und als starr, träge, hierarchisch und wenig innovativ beschrieben. Weitere Problematiken schlagen sich in der Zunahme kommunaler Aufgaben sowie unterschiedlicher Zuständigkeiten und dem fehlenden Wissen zu (B)NE nieder. Dementsprechend identifizieren die Expert*innen in ressortübergreifenden Qualifizierungsmaßnahmen der Verwaltungsmitarbeiter*innen einen bedeutsamen Hebelpunkt. Die fachliche Annäherung über Fortbildungen könne dabei einen stark motivierenden Charakter haben, sodass Verwaltungsakademien, Hochschulen für Verwaltung und Berufsschulen adressiert werden, BNE stärker inhaltlich zu berücksichtigen. In Bezug zu wichtigen Diffusionsbedingungen sozialer Innovationen lässt sich zudem festhalten, dass nicht nur Wissen und Fähigkeiten zur Innovation selbst, sondern vor allem auch Ressourcen und Zeit für die Auseinandersetzung, Reflektion und Implementation wichtige Rahmenbedingungen zur Verankerung von BNE darstellen (Ely 1990: 300ff.). So ist es nicht verwunderlich, dass die Forderung nach grundlegender Qualifizierung ebenfalls im Handlungsfeld II „Kompetenzentwicklung BNE“ innerhalb des NAP Ausdruck findet (NAP 2017: 92). Die Befragten erachten in diesem Kontext des Weiteren die ganzheitliche Ausrichtung der Kommunalverwaltung am Whole-Institu-

tion-Approach für wichtig (Beschaffungswesen, Ressourcenverbrauch, Ernährung, Mobilität usw.). Kommunen als Arbeitgeber sollten hier ihre Vorbildfunktion stärker wahrnehmen.

8. BNE im kommunalen Raum sichtbar machen

Einen wichtigen Hebelpunkt für die Verankerung von BNE in kommunalen Bildungslandschaften sehen die Expert*innen in einer stärkeren öffentlichen Kommunikation und medialen Sichtbarkeit – ein Aspekt, der für die Befragten auch eine bisherige Hürde darstellt. In diesem Zusammenhang betonen sie die stärkere Hervorhebung von kommunalen identifikationsstiftenden BNE-Projekten, Initiativen und Ansprechpersonen über Webseiten und/oder die lokale Pressearbeit. Dabei gehe es nicht nur um eine Berichterstattung bezogen auf ein einzelnes BNE-Ereignis, sondern vielmehr auch um eine stärkere inhaltliche Kontextualisierung. In diesem Sinn werden öffentliche Kampagnen, positive Narrative sowie eine stärkere Personifizierung z. B. über Vorbilder für wichtig erachtet.

Die Problematik der nur geringen öffentlichen Sichtbarkeit findet sich auch in den Ergebnissen der Desk Research I des nationalen WAP-Monitorings: Von 121 analysierten Kommunen mit Nachhaltigkeitsbezug finden sich bei 42 gar keine Hinweise zu BNE oder Nachhaltigkeitsthemen auf den Webseiten, 79 Kommunen beziehen sich überwiegend allgemein auf Nachhaltigkeit und nur 20 Kommunen weisen starke Bezüge auf (Brock et al. 2018: 246f.). Zudem ergab die Analyse der Webseiten, dass nur 42 der 121 Kommunen (34,7 %) Ansprechpartner*innen nennen (ebd.).

An dieser Stelle ist ferner auf die Chancen einer stärkeren Verbindung der Diskurse Digitalisierung und Nachhaltigkeit hinzuweisen, die auch im Zuge der geforderten neuen Beteiligungsformate Möglichkeiten bietet (Santarius & Lange 2018, WBGU 2018, Bertelsmann Stiftung 2017).

METHODISCHES VORGEHEN

In der hier zusammengefassten Interviewstudie wurden insgesamt zehn Experteninterviews im Zeitraum von Juni bis August 2017 zur Verankerung von BNE in kommunalen Bildungslandschaften geführt. Die Auswahl der Expert*innen erfolgte mit einer Kontrastierung: Die Interviewpartner*innen setzten sich aus Verwaltungsangestellten, politischen Mandatsträger*innen, Wissenschaftler*innen, Zivilgesellschaft sowie WAP-Gremienmitgliedern zusammen. Eine weitere Kontrastierungsdimension betrifft Personen mit langjähriger BNE-Expertise und jenen, die sich erst seit kürzerer Zeit mit der Thematik beschäftigen. Die Interviews wurden vollständig transkribiert und mit dem Programm MAXQDA im Rahmen einer qualitativen Inhaltsanalyse (Mayring 2015) ausgewertet.

Literatur

- Assmann, Dirk; Jasmin Honold; Busso Grabow; Roose, Jochen (2018): SDG-Indikatoren für Kommunen. Indikatoren zur Abbildung der Sustainable Development Goals der Vereinten Nationen in deutschen Kommunen. In: Bertelsmann Stiftung, Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, Deutscher Landkreistag, Deutscher Städtetag, Deutscher Städte- und Gemeindebund, Deutsches Institut für Urbanistik, Engagement Global (Hg.). Gütersloh. Download unter: https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/Monitor_Nachhaltige_Kommune/SDG-Indikatoren_fuer_Kommunen_final.pdf.
- Bertelsmann Stiftung (Hg.) (2017): Monitor nachhaltige Kommune. Bericht 2017. Schwerpunktthema Digitalisierung. DOI 10.11586/2017043.
- Bleckmann, Peter; Durdel, Anja (Hg.) (2009): Lokale Bildungslandschaften Perspektiven für Ganztagschulen und Kommunen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften
- Bogumil, Jörg; Holtkamp Lars (2016): Kommunalpolitik und Kommunalverwaltung. Eine praxisorientierte Einführung. Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn.
- Bormann, Inka (2013): Bildung für nachhaltige Entwicklung als Praxis sozialer Innovation. In: Jana Rückert-John (Hg.): Soziale Innovation und Nachhaltigkeit. Perspektiven sozialen Wandels. Wiesbaden: Springer VS (Research), S. 269-288.
- Bormann, Inka; Nickel, Jutta (2017): How education for sustainable development is implemented in Germany: Looking through the lens of educational governance theory. In: International Review of Education 63 (6), S. 793-809. DOI 10.1007/s11159-017-9683-9.
- Brock, Antje (2018): Verankerung von Bildung für nachhaltige Entwicklung im Bildungsbereich Kommunen. In: Brock, A.; de Haan, G.; Etzkorn, N.; Singer-Brodowski, M. (Hg.) (2018): Wegmarken zur Transformation. Nationales Monitoring von Bildung für nachhaltige Entwicklung in Deutschland. Opladen, Berlin, Toronto: Barbara Budrich Verlag, S. 231-266.
- Brüsemeister, Thomas (2018): Möglichkeiten kommunaler Bildungsberichte. In: Bor-man, Inka; Hartong, Sigrid; Höhne, Thomas (Hg.): Bildung unter Beobachtung. Kritische Perspektiven auf Bildungsberichterstattung. Weinheim, Basel: Beltz Ju-venta. S. 103-111.
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) (2017): Nationaler Aktionsplan Bildung für nachhaltige Entwicklung. Der deutsche Beitrag zum UNESCO-Weltaktionsprogramm. Berlin. Download unter: https://www.bmbf.de/files/Nationaler_Aktionsplan_Bildung_f%c3%bcnachhaltige_Entwicklung.pdf.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (2005): Zwölfter Kinder und Jugendbericht. Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder und Jugendhilfe in Deutschland. Berlin. Download unter: http://www.familienatlas.de/sites/fama/files/atoms/files/12_kinder-_und_jugendbericht_bmfsfj.pdf.
- Deutsches Institut für Urbanistik (Difu) (2012): Kurzgutachten. Nachhaltige Finanzierung von BNE-Aktivitäten in den Städten und Gemeinden. Berlin.
- Deutsche UNESCO Kommission (DUK) (2014): UNESCO Roadmap zur Umsetzung des Weltaktionsprogramms „Bildung für nachhaltige Entwicklung“. Paris: UNESCO
- Ely, Donald P. (1990): Conditions that Facilitate the Implementation of Educational Technology Innovations. In: Journal of Research on Computing in Education 23 (2), S. 298-305. DOI 10.1080/08886504.1990.10781963.
- Fischbach, Robert; Kolleck, Nina; de Haan, Gerhard (Hg.) (2015): Auf dem Weg zu nachhaltigen Bildungslandschaften. In: ebd. Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 11-26.
- Hamburg, Steffen (2018): Lokale Bildungslandschaften auf Nachhaltigkeitskurs. Bildung für nachhaltige Entwicklung im kommunalpolitischen Diskurs. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Harm, Katrin; Jaeck, Tobias (2013): Kommunale Herausforderungen und Aufgabenfelder aus der Sicht lokaler Mandatsträger. In: Harm, Katrin, Aderhold, Jens (Hrsg.): Die subjektive Seite der Stadt. Springer Fachmedien Wiesbaden. DOI 10.1007/978-3-531-18806-5_15.
- Lambrecht, Maike (2016): Objektiv-hermeneutische Rekonstruktionen zum Steuerungsimpuls. Auszeichnung als Kommune der BNE-Weltdekade und dessen Aneignung auf kommunaler Ebene. In: Bormann, Inka; Hamburg, Steffen, Heinrich, Martin (Hg.): Governance-Regime des Transfers von

Bildung für nachhaltige Entwicklung. Qualitative Rekonstruktionen. Wiesbaden: Springer VS. DOI 10.1007/978-3-658-13223-1_13. S. 245–272.

Mayring, Philipp (2015). Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken (12. Aufl.). Weinheim und Basel: Beltz.

Nikel, Jutta; Haker, Christoph (2015): Intermediäre Aushandlungsräume. Herausforderung für die Governanceanalyse und grenzüberschreitende Handlungskoordination im BNE Transfer. Zeitschrift für Bildungsforschung 5, Wiesbaden: Springer VS. S.219–233.

Santarius, Tilman; Lange, Steffen (2018): Smarte grüne Welt? Digitalisierung zwischen Überwachung, Konsum und Nachhaltigkeit. München: oekom Verlag.

Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) (2018): Digitalisierung: Worüber wir reden müssen. Berlin: WBGU.

Impressum

Herausgeber:
Freie Universität Berlin
Insitut Futur
Arbeitsstelle beim Wissenschaftlichen
Berater des UNESCO-
Weltaktionsprogramms Bildung für
nachhaltige Entwicklung (2015-2019)

Fabeckstraße 37
14195 Berlin

Tel.: +49 30 838 56847
sekretariat@institutfutur.de
www.institutfutur.de

Autorin:
Theresa Grapentin-Rimek
grapentin@institutfutur.de

Layout:
sinnwerkstatt Medienagentur GmbH



www.institutfutur.de



www.bne-portal.de

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung